

#SPARDA30

#SPARDA30

#SPARDA30

**Geschäftsjahr
2019**

Inhalt

03	–	Lagebericht
13	–	Bericht des Aufsichtsrats
14	–	Jahresbilanz
16	–	Gewinn- und Verlustrechnung
17	–	Anhang
26	–	Anlage
27	–	Bestätigungsvermerk

A.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der Sparda-Bank Berlin eG

I. Wirtschaftliche Entwicklung

1. Konjunktur in Deutschland

Deutlich geringeres Wirtschaftswachstum

Nach vielen Jahren des Aufschwungs verminderten sich 2019 die konjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland merklich. Die Auslastung der Produktionsfaktoren ging erheblich zurück. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vorjahresvergleich lediglich um 0,6 %, nachdem es 2018 noch um 1,5 % zugenommen hatte.

Die Gründe für das Schwinden der konjunkturellen Auftriebskräfte sind vor allem im globalen Umfeld zu sehen. Die schwächere Weltwirtschaft, die eskalierenden Handelskonflikte, die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und die Unsicherheiten rund um den EU-Austritt Großbritanniens belasteten die Geschäfte der außenhandelsorientierten Wirtschaftsbereiche spürbar. Im Verarbeitenden Gewerbe kamen neben den internationalen Belastungsfaktoren auch inländische Probleme zum Tragen, beispielsweise die strukturellen Veränderungen in der Automobilindustrie mit neuen emissionsarmen Antrieben. Die überwiegend inlandsorientierten Wirtschaftsbereiche präsentierten sich jedoch nach wie vor in einer guten Verfassung.

Konsum weiterhin lebhaft

Bei den Konsumausgaben setzte sich das solide Wachstum der Vorjahre ungebremst fort. Die privaten

Konsumausgaben expandierten 2019 um 1,6 % und damit stärker als im Vorjahr (+1,3 %). Anregende Impulse erhielt der private Verbrauch abermals vom andauernden Beschäftigungsaufbau sowie von den vielfach kräftigen Verdienststeigerungen. Stimulierend wirkten zudem einige finanzpolitische Maßnahmen der Bundesregierung, wie die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und die Ausweitung der sogenannten Mütterrente. Der Zuwachs der Konsumausgaben des Staates lag 2019 mit 2,6 % deutlich über dem Wachstum des Privatkonsums, befördert unter anderem durch den weiteren Stellenaufbau im öffentlichen Dienst. Private und staatliche Konsumausgaben trugen zusammen mit 1,3 Prozentpunkten zum BIP-Anstieg von 0,6 % bei und waren damit der wichtigste Treiber des Wirtschaftswachstums.

Moderat expandierende Investitionen

Auch die Bruttoanlageinvestitionen blieben 2019 aufwärtsgerichtet. Der Boom in der Bauwirtschaft hielt an und führte zu einem beschleunigten Investitionszuwachs (+3,9 % nach +2,5 %). Bei den Wohnungsbauinvestitionen konnte das Wachstum, trotz der Knappheit an Arbeitskräften, Bauland und Baumaterialien, nochmals gesteigert werden. Aber auch im Nichtwohnungsbau zog das Expansionstempo an, gestützt unter anderem durch Bahn-Investitionsprojekte und den Breitbandausbau. Der Anstieg der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Geräte fiel hingegen, bedingt durch die enormen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und die rückläufige Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, schwächer aus als im Vorjahr (+0,6 % nach +4,4 %).

Schwacher Außenhandel

Die von den USA ausgehenden handelspolitischen Konflikte haben das globale Investitionsklima erheblich eingetrübt und den Welthandel zurückgehen lassen. Deutschland war hiervon im besonderen Maße betroffen, da die hiesige Industrie auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert ist. Der Anstieg des Exportgeschäfts der deutschen Wirtschaft hat sich daher gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert (+0,9 % nach +2,1 %).

Staat mit niedrigerem Haushaltsüberschuss

Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss ist etwas zurückgegangen. Nach einem Rekordwert von 62,4 Milliarden Euro im Vorjahr sank er in 2019 auf 49,8 Milliarden Euro, was 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Für den Rückgang des Haushaltsüberschusses war nicht zuletzt die konjunkturelle Abkühlung verantwortlich, die das Wachstum der Steuereinnahmen dämpfte. Zudem führte die Finanzpolitik zu einem höheren Ausgabenzuwachs. So steigerte der Staat seine Sozialleistungen deutlich und kaufte mehr Vorleistungen, beispielsweise im Rahmen der Maßnahme DigitalPakt Schule.

Beschäftigungsaufbau flaut ab

Am Arbeitsmarkt verlor das Beschäftigungswachstum an Schwung. Die Zahl der Menschen, die im Inland erwerbstätig sind, stieg im Jahresdurchschnitt 2019 um rund 400.000 auf etwa 45,3 Millionen, nachdem sie 2018 noch fast um 610.000 zugelegt hatte. Der Zuwachs beruhte abermals alleine auf einer Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbständigen sowie der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ging weiter zurück. Bei der Arbeitslosigkeit setzte sich der Abwärtstrend abgeflacht fort. Die Arbeitslosenzahl sank um rund 70.000 auf knapp 2,3 Millionen Menschen. Bei der Arbeitslosenquote war ein Rückgang um 0,2 Prozentpunkte auf 5,0 % zu verzeichnen.

Geringerer Auftrieb der Verbraucherpreise

Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb 2019 moderat. Die monatliche Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, stieg lediglich im April vorübergehend über die Marke von 2 %. Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei 1,4 % und damit etwas niedriger als 2018 (+1,8 %). Maßgeblich für den Rückgang der Gesamtrate waren die Energiepreise, deren Auftrieb sich im Zuge niedrigerer Rohölpreisnotierungen spürbar verminderte. Die Verbraucher mussten 2019 für Energieprodukte 1,4 % mehr Geld aufwenden. Auch die Preise für Nahrungsmittel (+1,4 %) und Dienstleistungen (+1,5 %) stiegen moderat und nahezu proportional zur Gesamtentwicklung.

2. Finanzmärkte

Hohe geopolitische Risiken

Nach einem schwachen Jahresabschluss 2018 starteten die Märkte mit pessimistischen Erwartungen für die Wirtschaft in das Jahr 2019. Der Handelskrieg zwischen den USA und China setzte sich fort, zusätzlich rückte Europa wieder mehr in den Fokus der Trump-Administration. Auch spitzte sich der Konflikt zwischen dem Iran und den USA im Laufe des Jahres weiter zu. Ergänzt wurden diese Unsicherheitsfaktoren durch den mehrfach verschobenen Brexit.

Diese geopolitischen Störfaktoren, insbesondere aber die Handelskonflikte, führten Anfang 2019 zu Rissen im Bild des langjährigen konjunkturellen Aufschwungs in Europa, den USA und auch weltweit. Zunächst reagierten die Märkte bei einzelnen Meldungen risikoaavers. Im Laufe des Jahres wurden die Ausschläge jedoch geringer. Hierfür waren vor allem die Notenbanken verantwortlich, die im Laufe des Jahres auf die Eintrübung der Konjunktur mit einem deutlich expansiveren geldpolitischen Kurs reagierten.

EZB lockert Geldpolitik

Die an den Finanzmärkten noch zu Jahresbeginn vorherrschende Erwartung einer Zinswende löste sich in den ersten Monaten des Jahres auf. Der geldpolitische Kurswechsel der Europäischen Zentralbank (EZB) erfolgte im September mit einem neuen Programm zur Förderung der Kreditvergabe der Banken (TLTRO). Diese Maßnahme wurde noch durch eine Senkung des Einlagezinssatzes von -0,4 % auf -0,5 % ergänzt. Die dadurch steigenden finanziellen Belastungen der Banken wurden durch die Einführung von Freibeträgen (Tiering) vermindert. Zudem wurde ein erneuter Start von Anleihekäufen im Volumen von 20 Milliarden Euro monatlich ab November 2019 beschlossen.

US-Geldpolitik leitet Zinswende ein

Anfang 2019 waren die Zinserwartungen in den USA noch aufwärtsgerichtet, da die US-amerikanische Zentralbank Fed noch mit einer tendenziell steigenden Inflation rechnete. Den Kurswechsel hin zu niedrigeren Leitzinsen vollzog die Fed in der zweiten Jahreshälfte. Die US-Notenbank senkte ihren Leitzins, das Zielband für den Tagesgeldsatz, insgesamt drei Mal auf das Niveau von 1,75 % bis 2,0 %.

Bundesanleiherenditen markierten 2019 Rekordtief

Die Renditen von zehnjährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresauftakt bei 0,25 % und spiegelten die noch an den Märkten bestehenden Erwartungen einer geldpolitischen Zinswende oder zumindest eines entsprechenden Exit-Plans der EZB im weiteren Verlauf des Jahres wider. Doch schwenkte die Stimmung angesichts der steigenden konjunkturellen Risiken um. In den folgenden Monaten sanken die Renditen kontinuierlich bis tief in den Minusbereich. In den letzten Augusttagen rutschte

die Rendite mit $-0,72\%$ auf einen historischen Tiefstand. Von August bis Anfang Oktober rentierten sogar die dreißigjährigen Bundesanleihen erstmals phasenweise im negativen Bereich. Die Renditen erhöhten sich im Herbst wieder mit zunehmender Zuversicht, dass die Handelskonflikte nicht weiter eskalieren würden oder sogar ein Handelsabkommen zwischen China und den USA erzielt werde. Zudem stabilisierten sich die Konjunkturindikatoren wieder etwas. Zum Jahresende rentierten zehnjährige Bundesanleihen mit $-0,19\%$ immer noch im Minusbereich, jedoch weit oberhalb ihrer Tiefstände.

DAX mit kräftigem Plus nach schwachem Start

Der deutsche Leitindex startete nach einem sehr schwachen Abschlussquartal in 2018 bei einem niedrigen Niveau in Höhe von 10.558,96 Punkten. Im Jahresverlauf gewann der Index wieder deutlich, bevor im August noch einmal ein deutlicher Rückschlag um über 1.000 Punkte zu verzeichnen war. Eine wesentliche Ursache waren Befürchtungen einer sich stark abschwächenden Konjunktur oder sogar einer sich abzeichnenden Rezession. Zudem spitzten sich die geopolitischen Risiken weiter zu. Erst die umfassende Lockerung der Geldpolitik der EZB, ergänzt um weitere Zinssenkungen der US-Notenbank im Herbst, sorgte wieder für neue Zuversicht am Aktienmarkt. Auch stabilisierten sich die Konjunkturindikatoren im Herbst wieder. Zum Jahresende siegten vollends die positiven Signale aufgrund der Einigung über den geregelten Vollzug des Brexits bis Ende Januar 2020, aber auch wegen der Aussicht auf die Teileinigung zwischen China und den USA im Handelsstreit. Zum Jahresabschluss 2019 notierte der DAX bei 13.249,01 Punkten und somit 25% über dem Niveau zum Jahresstart.

II. Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

Die Bilanzsumme der Bank steigt im Vergleich zum Vorjahr um $5,9\%$.

Bilanz	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	6.657.207	6.288.047	369.160	5,9

Die Geschäftsentwicklung im Privatkundengeschäft verlief im Jahr 2019 leicht steigend. Dabei konnte ein Zuwachs bei den Kundenforderungen von $1,9\%$ gegenüber dem Vorjahr erzielt werden.

Das Neugeschäft bei den Baufinanzierungen entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Die Neuzusagen für Baufinanzierungen einschließlich Prologationen beliefen sich auf 311,9 Mio. Euro (Vorjahr

334,5 Mio. Euro). Bei den Konsumentenkrediten konnte ein Absatzvolumen von 29,8 Mio. Euro (Vorjahr 46,8 Mio. Euro) erreicht werden. Dabei ist die Reduzierung des Volumens im Vergleich zum Vorjahr auf die Einführung des Verbundproduktes easyCredit mit einem Absatzvolumen von 22,4 Mio. Euro im ersten Jahr zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	2.475.457	2.430.345	45.112	1,9
Forderungen an Kreditinstitute	669.917	1.265.061	-595.144	-47,0
Wertpapiere – Aktivpositionen A 5 und A 6	2.310.486	2.110.284	200.202	9,5

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um $47,0\%$. Das ist grundsätzlich auf die Verschiebung liquider Mittel zur Bundesbank, und damit in die Barreserve der Bank, zurückzuführen. Der Wertpapierbestand erhöhte sich um $9,5\%$. Trotz des anhaltenden negativen Zinsniveaus konnte Liquidität in neuen Wertpapieren angelegt werden. Die freie Liquidität wurde zum großen Teil bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank hinterlegt.

Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen.

Wertpapiere mit einem Volumen von 2.310 Mio. Euro wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Wertpapierbestand unserer Bank gab es im Jahr 2019 keine Zahlungstörungen.

In 2019 stiegen die Kundeneinlagen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um $6,2\%$ auf 6.060 Mio. Euro.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Spareinlagen	1.156.754	1.140.274	16.480	1,4
Andere Einlagen	4.903.100	4.563.461	339.639	7,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	148.628	151.988	-3.360	-2,2

In den Spareinlagen verzeichneten wir einen Anstieg von 16,5 Mio. Euro um $1,4\%$ auf 1.157 Mio. Euro. Die anderen Einlagen stiegen mit 339,6 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um $7,4\%$ deutlich an. Die Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 2,2 %.

Außerbilanzielle Geschäfte

Außerbilanzielle Geschäfte (Swaps) bestanden über 2,39 Mrd. Euro. Sie dienen ausschließlich der Absicherung von Zinsrisiken. Unsere Bank hat ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten begründet. Der wirksame Teil der gebildeten Bewertungseinheiten wird dabei nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“ bilanziell abgebildet.

Zum Bilanzstichtag wurden Vermögensgegenstände mit einem Nominalvolumen von 50 Mio. Euro mit Micro-Hedges gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert. Mit einem Volumen von 2,34 Mrd. Euro dienten zum Bilanzstichtag Swaps der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Die Micro-Hedges weisen die gleiche Endfälligkeit und Zahlungsstromstruktur wie die zugehörigen Grundgeschäfte auf und sind damit als perfekte Micro-Hedges ausgestaltet. Marktzinsinduzierte Wertänderungen gleichen sich daher bis zur Endfälligkeit vollständig aus. Die Wirksamkeit der Hedge-Beziehung ist aufgrund der Zahlungsstromidentität prospektiv und retrospektiv nachgewiesen.

Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung angewandt. Anwendung findet die barwertige Betrachtungsweise. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

Dienstleistungsgeschäfte

In Zeiten des Niedrigzinsumfeldes kommt den zinsunabhängigen Erträgen eine wachsende Bedeutung zu. Daher baut die Bank diese Ertragskomponente seit Jahren kontinuierlich aus.

Auch 2019 verlief das Geschäft mit unseren Verbundpartnern erfolgreich.

Im Vergleich mit den anderen Sparda-Banken erreichte unsere Bank bezogen auf das Einlagevolumen erneut den höchsten Absatz bei der Union Investment. Dabei konnte der Ertrag aus der Vermittlung von Fondsgeschäften um 13,8 % gesteigert werden. In der Zusammenarbeit mit der DEVK belegte unsere Bank im Bereich der Versicherungssummen erneut Platz 1 der Sparda-Banken. Bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall erreichte unsere Bank bezogen auf das Absatzvolumen der Genossenschaftsbanken Platz 5.

In 2019 wurde das Verbundprodukt easyCredit der Teambank in den Produktkatalog der Bank aufgenom-

men. Ein Absatzvolumen von 22,4 Mio. Euro im ersten Jahr trug zur Stärkung des Provisionsergebnisses bei.

Der Provisionsertrag konnte gegenüber dem Vorjahr mit einer leichten Verringerung um -0,7 % auf 46,9 Mio. Euro nahezu konstant gehalten werden. Die Provisionsaufwendungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 21,9 % bzw. 1,6 Mio. Euro auf 5,6 Mio. Euro. Im Ergebnis stieg der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % und erreichte erneut den höchsten Stand in der Geschichte der Bank.

Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl belief sich 2019 im Durchschnitt auf 446 Vollzeitbeschäftigte, 312 Teilzeitbeschäftigte und 35 Auszubildende. Zum Stichtag 31.12.2019 waren in unserer Bank insgesamt 829 Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 678 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (660) moderat gestiegen. Der Anstieg begründet sich durch den anhaltend erhöhten Einsatz von Werkstudenten sowie durch Veränderungen der Organisationsstruktur der Gesamtbank.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betrugen 591 TEUR (Vorjahr 453 TEUR). Diese begründeten sich, wie in den Vorjahren auch, durch Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung, die Ausbildung des Führungsnachwuchses, der Vertriebsmitarbeiter im Hinblick auf den Ausbau ihrer Kredit- und Wertpapierkompetenzen sowie finanzielle Beteiligungen an nebenberuflichen Aufstiegsfortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements. Darüber hinaus wird ein hoher Anteil der Kosten mit der Weiterbildung der Mitarbeiter hinsichtlich regulatorischer Themen sowie durch Maßnahmen zur Teamentwicklung begründet.

III. Darstellung der Lage der Sparda-Bank Berlin eG

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	61.456	64.515	-3.059	-4,7
Provisionsüberschuss	41.348	40.132	1.216	3,0
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	46.352	42.864	3.488	8,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	43.192	41.024	2.168	5,3
Bewertungsergebnis	9.254	6.540	2.714	41,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.751	24.199	-5.448	-22,5
Außerordentliches Ergebnis	0	-9.849	-9.849	-100,0
Steueraufwand	-2.254	5.420	7.674	-
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.640	5.580	7.060	-
Jahresüberschuss	8.365	3.350	5.015	149,7

Der Zinsüberschuss verringerte sich insgesamt um 4,7 % auf 61,5 Mio. Euro. Die Verringerung begründet sich maßgeblich in der anhaltenden Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Der Provisionsüberschuss erreichte 41,3 Mio. Euro und lag somit 1,2 Mio. Euro über dem Ergebnis des Vorjahres – ein historischer Höchststand seit Bestehen der Bank.

Die Bruttoerträge beliefen sich auf 102,8 Mio. Euro.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 8,1 %. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 5,3 %. Beide Anstiege begründen sich dadurch, dass die in Vorjahren teilweise den außerordentlichen Aufwendungen im Kontext des Wechsels des Rechenzentrums zugeordneten Beträge nun wieder in den Verwaltungsaufwendungen abgebildet werden.

Das Teilbetriebsergebnis belief sich auf 10,4 Mio. Euro.

Das Bewertungsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Mio. Euro.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mio. Euro.

Das positive Ergebnis in den Steuern vom Einkommen

und vom Ertrag ist auf die Umsetzung abgeschlossener Betriebsprüfungen gemindert, um den laufenden Steuerantrag des Geschäftsjahres 2019 zurückzuführen.

Eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgte zur Stärkung des aufsichtsrechtlich harten Kernkapitals der Bank in Höhe von 12,6 Mio. Euro.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich um 5,0 Mio. Euro.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) erhöhte sich im Geschäftsjahr auf 0,13 %.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr stets gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen wurden jederzeit eingehalten.

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme betrug 37,2 % (Vorjahr 38,7 %), der Anteil der Wertpapiere 34,7 % (Vorjahr 33,6 %) und der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute 10,1 % (Vorjahr 20,1 %).

Auf der Passivseite machten die Kundeneinlagen nahezu unverändert 91,0 % (Vorjahr 90,7 %) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2,2 % (Vorjahr 2,4 %) aus.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2019 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 7,9 Mio. Euro verbunden.

Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 467.819 Teilhabern (Stand 31.12.2019) eine der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands und eine wichtige Größe in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	217.280	208.446	8.834	4,2
Rücklagen	104.863	104.525	338	0,3

Das gezeichnete Kapital konnte um 4,2 % erhöht werden. Die Rücklagen stiegen um 0,3 %.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2019 abermals gestärkt werden und erreicht den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Die Ertragslage der Sparda-Bank Berlin eG war 2019 trotz der starken Belastungen des Negativzinsumfelds im Kundengeschäft zufriedenstellend.

Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Im Anlagevermögen bestanden weiterhin Wertminderungen, die als vorübergehend eingestuft werden.

Kapitalausstattung und -reserven wurden 2019 ein weiteres Mal gestärkt. Das nunmehr fünfte Jahr in Folge erreicht unsere Bank die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen.

IV. Erklärung zur Unternehmensführung

Im Jahr 2015 wurde das „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ seitens der Bank umgesetzt. Die aktuell festgelegte Zielgröße für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen beträgt 27 %. Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote 21 %.

Für die Besetzung des Vorstandes gilt eine Zielgröße von 0 %. Beide Zielfestsetzungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis zum 30.06.2022.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungsebene mit Frauen eine Zielgröße von aktuell 25 % bestimmt. Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote 18,2 %. Auch diese Zielgröße wurde für den Zeitraum bis zum 30.06.2022 beschlossen.

V. Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Seit Inkrafttreten des deutschen CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes (CSR-RUG) im Jahr 2017 sind alle großen, kapitalmarktorientierten Unternehmen verpflichtet, neben dem Geschäftsbericht auch einen Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen. Daher berichten wir als Bank jährlich und fortlaufend über die Bereiche Umwelt, Gesellschaft, Mitarbeiter, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Vielfalt.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Bundesanzeiger offengelegt.

VI. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenziale aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoaartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoaartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Turnusmäßig wird dem Vorstand über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests berichtet. Die Berichterstattung erfolgt dabei insbesondere an ein für die Steuerung eingerichtetes bankweites Gremium.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt – in Anlehnung an richtunggebende aufsichtliche Verlautbarungen – aus barwertiger Sicht in der Ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der Normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 335 Mio. Euro im Rahmen der Ökonomischen Perspektive. Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depots A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Unsere Bank hat ihre Risikotragfähigkeitsrechnung – unter besonderer Würdigung neu veröffentlichter aufsichtlicher Leitlinien und Publikationen – einer vollumfänglichen Validierung unterzogen. Das dazugehörige Reporting zeigt, dass unsere Bank auch nach Weiterentwicklung der Risikomesssysteme jederzeit risikotragfähig ist.

Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die parclT bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einleiten zu können. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind – vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts – als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechtlich besichert, so dass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Adressrisiken in den Wertpapieranlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass als Schwerpunkt Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet und diese wird durch ein Struktur- und Einzelnamenslimitsystem operationalisiert.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der Ökonomischen Perspektive mittels eines versicherungsmathematischen Ansatzes gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten.

Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % (Ökonomische Perspektive). Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der Normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge (Kreditrisiko-Standardansatz) angesetzt. In einem adversen Szenario (schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie z. B. Ratingverschlechterungen unterstellt.

Marktpreisrisiken

Unsere Bank geht Marktpreisrisiken in den Bereichen Zinsen, Fonds und Volatilitäten ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktpreisrisiken für unsere Bank bestehen in den zins- und kursabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zinsbuches zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuches dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktpreisrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Daneben hat unsere Bank das Management dieser Eigenanlagen auch hinsichtlich der Manager und Managementansätze strukturiert. Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2019 keine Umsätze getätigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Marktpreisrisiken in der Ökonomischen Perspektive mit einem Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Messung erfolgt unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive werden im adversen Szenario (schwerer konjunktureller Abschwung) die periodischen Auswirkungen weiterer Zinssenkungen im Mittelfristplanungshorizont simuliert. Marktrisiken im aufsichtlichen Sinne hält die Bank nur mittelbar im Anlagebuch.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie eine ausreichende Liquiditätsvorsorge, gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute übererfüllte unsere Bank deutlich. Unsere Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, so dass die Liquiditäts-

versorgung jederzeit gewährleistet ist. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen waren die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie die Refinanzierung bei der EZB jederzeit möglich.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt unsere Bank potenzielle in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungskosten als anzurechnenden Risikobetrag.

Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken). Auftretende Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt. Die Messung erfolgt in der Ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Basisindikatoransatz berücksichtigt und für den Mittelfristplanungshorizont geplant.

Vertriebsrisiken

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen Vertriebsrisiken eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden im adversen Szenario der Normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung. Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – das Vertriebsmanagement. Das Berichtswesen erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen, -grenzen und inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je

relevantem Risikomodell.

Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Mittelfristplanung. Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitgliederbasis im Fokus. Strenge Nebenbedingungen der Mittelfristplanung sind die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess verankert, der turnusmäßig jährlich bzw. bei gegebenem Anlass durchlaufen wird.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2019 gegeben. Das Verhältnis des Gesamtrisikos zur Risikodeckungsmasse beträgt in der Ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rd. 40 %. Die Kapitalauslastung in der Säule I beträgt rd. 62 %. Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen. Während des gesamten Geschäftsjahres 2019 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Unserer Bank ist es im zurückliegenden Geschäftsjahr 2019 gelungen, zusätzliche Reserven zu bilden. Weiterhin konnte durch Umwidmung von bisher aufsichtlich nicht anrechenbaren Kapitalbestandteilen in hartes Kernkapital die Gesamtkapitalquote zukünftiger Perioden gestärkt werden.

Weiterhin vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als nur vorübergehend angesehen.

Nach dem Bilanzstichtag hat die von China ausgehende Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) inzwischen zu weltweiten Auswirkungen geführt. Dazu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitgeber im Geschäftsgebiet unserer Bank. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen infolge von Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit, Beschäftigungsrückgang und privatem Konsumverhalten sind derzeit noch nicht abschätzbar. Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch das Coronavirus. Wir überprüfen derzeit unsere institutsspezifischen Risikopositionen und das Erfordernis neuer Stresstests. Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund der notwendig gewordenen Quarantäne mehrerer Mitarbeiter/-innen, begegnen wir durch kurzfristige Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2020 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

VII. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Unter Berücksichtigung der sich stetig und gleichsam dynamisch verändernden Marktbedingungen wurde die Unternehmensstrategie im Jahr 2018 grundsätzlich überarbeitet und im Rahmen der Validierung 2019 in ihrer inhaltlichen Ausrichtung bestätigt.

Elementarer Bestandteil unserer Unternehmensstrategie ist dabei ein hoher Fokus auf das „Kerngeschäft“ (Bankdienstleistungen) mit unseren Kunden und die angestrebte Rentabilität allein aus diesem. Dabei liegt der Fokus zum einen auf dem weiter kontinuierlichen Ausbau des Kundenkreditgeschäfts und zum anderen auf der Fixertragsstrategie mittels bedarfsorientierter Allfinanzangebote der Bank bzw. unserer Partner.

Die finanziellen Auswirkungen der zu Beginn 2020 ausgebrochenen Coronavirus-Pandemie sind derzeit noch nicht überschaubar – weder für unsere Kunden noch für uns als Bank. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das Jahr 2020 mit einem starken Rückgang des BIPs. Wie stark dieser konjunkturelle Rückgang ausfällt, wird insbesondere von der Entwicklung der Infektions- und Todeszahlen und den daraus abgeleiteten politischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung abhängig sein. Über das Ausmaß und die Geschwindigkeit einer konjunkturellen Erholung können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur Mutmaßungen unternommen werden.

Gleichwohl analysieren wir laufend mögliche Auswirkungen auf unsere Bank. Erhöhte Kreditausfälle, Abschreibungen auf Wertpapiere des Eigenbestands, wertgeminderte Fondsbestände der Kunden sowie eine deutlich geringere Nachfrage nach Bankprodukten und -dienstleistungen können zu erheblichen Auswirkungen auf unsere Ertragslage führen. In welchem Umfang sich diese und andere Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Mit Sicherheit lässt sich jedoch bereits jetzt festhalten, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgen im Kontext der Pandemie negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis der Bank haben werden.

Das Verbundgeschäft unserer Bank mit starken Marken unserer Kooperationspartner – insbesondere Union

Investment (Fondsgeschäft), DEVK Versicherungen, Bausparkasse Schwäbisch Hall und Teambank (easyCredit) – unterstützt grundsätzlich den wirtschaftlichen Erfolg der Bank.

Bedingt durch das Niedrigzinsumfeld, der im Markt zunehmenden Etablierung von Strafzinsen und -gebühren auf Einlagen, und in Ermangelung attraktiver Guthabenzinsungen bleiben Passivanlagen für Kunden unverändert unattraktiv. Wann allerdings die aktuell belastete Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation wieder eine Nachfrage nach alternativen Anlageformen (vornehmlich Fondskonzepte mit der Chance auf höhere Renditen) auf dem Niveau vor der Pandemie zulassen wird, ist offen.

Eine ähnliche Situation ergibt sich für das vom Niedrigzinsumfeld und von einem preisintensiven Wettbewerb gekennzeichnete Kreditgeschäft. War dies vor dem Ausbruch von COVID-19 für die kommenden Jahre von einem wachsenden, wenn auch sich in der Dynamik beruhigenden, Wohnungsbau gekennzeichnet, machen die aktuell angespannten volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren wie das BIP, die Inflation, die Einkommensentwicklung und die Beschäftigungsquote Prognosen schwer.

Ebenfalls erschwerend stehen einer möglichen Steigerung der Wertbeiträge aus dem Verbundgeschäft stärkere Reglementierungen bei der Durchsetzung des Preis- und Gebührenkatalogs der Bank (z. B. Karten und Zahlungsverkehr) gegenüber. Nichtsdestotrotz weist eine konsequente, aufwandsinduzierte Preissteuerung von Bankdienstleistungen eine signifikante Relevanz auf, nicht zuletzt auch zur Kompensation von wegfallenden bzw. geschwächten anderen Ertragspositionen. Insgesamt soll das Kundengeschäftsergebnis künftig auf dem letztjährigen Niveau gefestigt und weiter leicht ausgebaut werden.

Als risikoreich sieht unsere Bank unverändert ein fortwährend niedriges, bezogen auf die Zinsstrukturkurve flaches, in großen Teilen negatives Zinsniveau an. Die daraus erwachsenden Belastungen auf die Zinserträge als die entscheidende Ertragssäule von Banken bei konstanten bis leicht steigenden Kosten stellt die gesamte Bankenbranche vor herausfordernde Steuerungsaufgaben. Außerdem werden mögliche Ausfälle von Emittenten in den Eigenanlagen sowie deutliche Ausweitungen in den Risikoprämien als Risikoszenarien bewertet.

Für die kommenden Jahre werden zusammenfassend weiterhin stark angespannte und schwer prognostizierbare Rahmenbedingungen erwartet. Vor diesem Hintergrund und insbesondere unter Berücksichtigung des Niedrigzinsumfelds erwarten wir in den kommenden beiden Geschäftsjahren ein rückläufiges Zinsergebnis sowie ein tendenziell höheres Provisionsergebnis infolge von notwendigen Gebührenerträgen. Der beschriebene, voraussichtliche Geschäftsverlauf basiert auf einer Vielzahl von Prognosen. Dies sind insbesondere Annahmen

zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Absatzvolumina und Margen. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung kann daher von dem voraussichtlichen Geschäftsverlauf abweichen. Eine Divergenz zwischen tatsächlichem und prognostiziertem Geschäftsverlauf kann sich vor allem in Einflussgrößen begründen, die nicht durch unsere Bank gesteuert werden können.

VIII. Geschäftsgebiet

Das Kerngeschäftsgebiet unserer Bank erstreckt sich auf die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Berlin, 21. April 2020

Der Vorstand

B.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2019 hat der Aufsichtsrat insgesamt vier Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikoberichte und -strategie. Des Weiteren waren Konsolidierungsüberlegungen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2019 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in

der Vertreterversammlung berichtet und beraten. Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag zur Aussetzung des Beschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses sowie den Nachhaltigkeitsbericht hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Mit dem Vorschlag zur Aussetzung des Beschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses wird auch der dringenden Empfehlung der BaFin, die Dividendenzahlung nicht vor dem vierten Quartal des Jahres 2020 vorzunehmen, entsprochen.

Der Aufsichtsrat wird in diesem Jahr gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie den Jahresabschluss zum 31.12.2019 feststellen und der Vertreterversammlung von dem Ergebnis berichten.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses mindestens bis zum vierten Quartal des Jahres 2020 auszusetzen.

Per 12.12.2019 ist Wolfgang Zell aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Torsten Westphal wurde am 12.12.2019 wirksam zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus.

Berlin, 7. Mai 2020

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

Jahresbilanz zum 31.12.2019

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			108.385.545,31		98.740
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			934.961.354,19		287.409
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	934.961.354,19				(287.409)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	1.043.346.899,50	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			583.265.146,76		1.110.694
b) andere Forderungen			86.651.498,22	669.916.644,98	154.367
4. Forderungen an Kunden				2.475.456.637,01	2.430.345
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.506.785.306,40				(1.559.958)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		81.166.311,47			89.216
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	81.166.311,47				(89.216)
bb) von anderen Emittenten		1.325.601.918,96	1.406.768.230,43		1.043.659
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.248.436.366,85				(1.043.659)
c) eigene Schuldverschreibungen				1.406.768.230,43	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				903.717.837,49	977.410
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11.685.642,25		11.686
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			3.050,00	11.688.692,25	3
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				-	-
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			175.274,58		38
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			59.500,00	234.774,58	59
12. Sachanlagen				10.309.803,78	10.501
13. Sonstige Vermögensgegenstände				135.407.290,00	73.579
14. Rechnungsabgrenzungsposten				215.559,08	99
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				144.806,57	242
17.				-	-
Summe der Aktiva				6.657.207.175,67	6.288.047

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			8.983,33		518
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			148.619.463,32	148.628.446,65	151.470
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.156.754.249,61				1.140.274
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		- 1.156.754.249,61			-
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	4.902.248.454,88				4.560.963
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	851.195,64	4.903.099.650,52		6.059.853.900,13	2.498
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-		-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand					-
4. Treuhandverbindlichkeiten					-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.388.363,07	6.962
6. Rechnungsabgrenzungsposten				956.786,89	2.321
6a. Passive latente Steuern					-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.543.426,23		8.215
b) Steuerrückstellungen			766.767,94		8.119
c) andere Rückstellungen			13.769.454,44	23.079.648,61	12.234
8.					-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				35.312.181,07	35.312
10. Genusrechtskapital					-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				55.480.000,00	42.840
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			217.279.398,17		208.446
b) Kapitalrücklage			16.762.384,77		16.762
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	34.185.964,52				33.848
cb) andere Ergebnisrücklagen	53.914.719,75				53.915
cc)		- 88.100.684,27			-
d) Bilanzgewinn			8.365.382,04	330.507.849,25	3.350
Summe der Passiva				6.657.207.175,67	6.288.047
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.267.538,74		1.324
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.267.538,74	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			199.825.514,62	199.825.514,62	192.326
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2019	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		71.988.857,89			76.067
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		13.273.973,91	85.262.831,80		12.102
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	4.082.622,80				(3.007)
2. Zinsaufwendungen			-35.076.634,21	50.186.197,59	-31.654
darunter: erhaltene negative Zinsen	148,72				(154)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			11.017.240,22		7.755
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			252.800,36		244
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	11.270.040,58	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			46.930.198,94		47.282
6. Provisionsaufwendungen			-5.582.372,20	41.347.826,74	-7.149
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				4.136.448,33	4.707
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-37.941.086,51			-34.728
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-8.410.924,40	-46.352.010,91		-8.136
darunter: für Altersversorgung	-1.490.790,76				(-1.889)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-43.192.270,90	-89.544.281,81	-41.024
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.873.741,79	-2.698
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-5.025.007,09	-5.109
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-493.923,78			(-538)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-12.075
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			11.642.696,35	11.642.696,35	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-2.388.990,75		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-2.388.990,75	18.615
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				18.751.188,15	24.199
20. Außerordentliche Erträge				-	705
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-10.554
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-9.849)
23. Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			2.220.857,36		-5.414
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			33.336,53	2.254.193,89	-6
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-12.640.000,00	-5.580
25. Jahresüberschuss				8.365.382,04	3.350
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				8.365.382,04	3.350
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				8.365.382,04	3.350
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				8.365.382,04	3.350
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				8.365.382,04	3.350

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Forderungen

Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und Nennwert wurden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der un versteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Bereits im Vorjahr erfolgte eine Ermittlung der versteuerten Pauschalwertberichtigung in Anlehnung an den damaligen IDW ERS BFA 7 auf Basis des Expected-Loss-Ansatzes. Im aktuellen Jahr wurde die Ermittlung unter Berücksichtigung des zwischenzeitlich verabschiedeten IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes fortgeschrieben.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken haben wir außerdem Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei diesen Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch zeitanteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Mit Verabschiedung des IDW RS BFA 7 wurde die ursprünglich im IDW ERS BFA 7 vorgeschlagene Methodik zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen leicht modifiziert. Unsere im Vorjahr ausgewiesene Pauschalwertberichtigung für Wertpapiere des Anlagevermögens wurde in diesem Zusammenhang aufgelöst.

Strukturierte Finanzinstrumente

Einfach strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Komplex strukturierte Produkte waren nicht im Bestand.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bewertet.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände und andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken, denen passive Steuerlatenzen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüberstehen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Vom Beibehaltungswahlrecht des Artikels 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung betrug zum 31. Dezember 2019 415.810 EUR.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Die Verpflichtungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit wurde der Barwert angesetzt.

Für die Pensionsrückstellungen werden als Rententrend, sofern nicht anders vereinbart, 2 % zugrunde gelegt.

Für die Rückstellungen aus Altersteilzeit werden als Lohn- und Gehaltstrend 2 % angenommen. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2019 (2,71 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.520.486 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 9.706.360 EUR. Diese entsprechen dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach EStR zu § 6 a EStG (23) durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 9.561.553 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 8.543.426 EUR und entfielen ausschließlich auf bereits ausgeschiedene Vorstände und Angestellte.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 45.942 EUR verrechnet.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2019 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme endet.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2019 in Höhe von 199.825.515 EUR handelt es

sich ausschließlich um Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, die nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Sofern die erforderlichen Voraussetzungen nach § 254 HGB vorliegen, wurden Bewertungseinheiten gebildet. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo wird vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) b)	Abgänge Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	873.783	237.281	-	a) b)	272.544 -	838.520	234.775	97.142
Sachanlagen								
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	47.904.068	2.587.498	-	a) b)	3.922.072 -	46.569.494	10.309.804	10.500.900
a	48.777.851	2.824.779	-	a) b)	4.194.616 -	47.408.014	10.544.579	10.598.042

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	776.641	-	272.537	-	99.641	-	603.745
Sachanlagen							
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	37.403.168	-	3.917.578	-	2.774.100	-	36.259.690
a	38.179.809	-	4.190.115	-	2.873.741	-	36.863.435

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.122.077.148	180.589.340	2.302.666.488
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11.647.742	40.950	11.688.692
b	2.133.724.890	180.630.290	2.314.355.180
Summe a und b	2.182.502.741		2.324.899.759

In den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Bewertungseinheiten i. S. d. § 254 HGB von 50.000.000 EUR einbezogen.

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 583.836.199 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	970.649	20.000.000	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	42.189.457	114.589.647	531.347.158	1.755.710.155

In den Forderungen an Kunden sind 31.620.220 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 295.862.109 EUR fällig.

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	807.334.476	821.985.788	14.651.312	8.322.860	Ja
Renditeerwartung	38.794.521	39.007.964	213.443	971.976	Nein

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda-Beteiligungs GmbH i. L., Frankfurt am Main	6,2500	2018	4.682.034	2018	682.034
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2822	2019	3.190.325.571	2019	86.437.540
c) Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,0002	2018	440.232.287	2018	24.071.736

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.406.768.231	1.396.696.243	10.071.988	222.307.883

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 220.732.992 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 207.492.379 EUR.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.309.804

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	123.770.772
Forderungen aus Provisionen	6.123.425

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 147.779.469 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten. Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b)	12.815.412	4.050.476	21.901.924	109.851.651
Spareinlagen mit verein- barter Kündigungsfrist von mehr als drei Mona- ten (P 2 ab)	-	-	-	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	198.590	341.600	310.470	536

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps von 942.365 EUR (Vorjahr 2.212.388 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 833.170 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
4.000.000	EUR	2,355	27.07.2026
5.000.000	EUR	2,345	28.07.2026
5.000.000	EUR	2,500	01.08.2028
5.000.000	EUR	2,334	03.08.2026
10.000.000	EUR	2,290	10.08.2026
6.000.000	EUR	2,517	14.10.2026

Eine Verpflichtung zur vorzeitigen Rückzahlung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeiten ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	209.034.628
b) der ausscheidenden Mitglieder	6.556.605
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.688.165
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	43.659

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapital- rücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2019	33.847.953	53.914.720	16.762.385
Einstellungen aus Bilanz- gewinn des Vorjahres	338.012	-	-
Stand 31.12.2019	34.185.965	53.914.720	16.762.385

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
0,500 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.043.465,10
Gesetzliche Rücklage	836.538,21
Andere Ergebnismrücklagen	330.443,23
Vortrag auf neue Rechnung	6.154.935,50
Insgesamt	8.365.382,04

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die gebildeten Bewertungseinheiten (Nominalwert):

Vermögens- gegenstände		Micro- Hedges	Portfolio- Hedges	Macro- Hedges	Summe
		EUR	EUR	EUR	EUR
Abgesichertes Risiko	Zinsrisiko	50.000.000	-	-	50.000.000
Summe Vermögens- gegenstände		50.000.000	-	-	50.000.000

Es bestehen zum Bilanzstichtag Bewertungseinheiten in Form von perfekten Micro-Hedges mit einem Nominalvolumen in Höhe von 50.000.000 EUR zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

Die Wirksamkeit dieser Sicherungsbeziehung ist aufgrund der Übereinstimmung aller relevanten Geschäftsmerkmale von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument prospektiv nachgewiesen.

Der wirksame Teil der Bewertungseinheit wird dabei bilanziell nach der Einfrierungsmethode abgebildet. Bonitätsrisiken sind zum Jahresultimo durch eine Risikovorsorge von 4.800.000 EUR abgedeckt.

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Positionswerte entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag/Restlaufzeit				Beizule- gender Zeitwert	Adressen- ausfall- risiko
	≤ 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zinsswaps (gleiche Währung)	546,5	814,5	1.030,5	2.391,5	-152,4	0,1

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 2.021 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG.

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1 b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	137.169.535

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 4.082.623 EUR negative Zinsen enthalten, die im Wesentlichen auf das Guthaben der DZ Bank AG entfallen. Zusätzlich wird das Zinsergebnis mit einem Betrag von 3.631.076 EUR aus Zinsswaps belastet. Des Weiteren sind in den Zinsaufwendungen 3.528.411 EUR für die vorzeitige Auflösung eines Zinsswaps enthalten.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Auflösung der Rückstellung Prozessrisiken aus Vorjahren	631.782
Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Zuweisung zur Rückstellung Prozessrisiken	2.417.825

Die Erstattung für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag resultiert aus der Umsetzung abgeschlossener Betriebsprüfungen, gemindert um Aufwendungen für Steuern auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 342.621 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebener auf 686.124 EUR. Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden zum 31.12.2019 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.327.058 EUR gebildet. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 5.026.621 EUR verrechnet.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	7.251
Mitglieder des Aufsichtsrats	474.285

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 7.890.356 EUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese

betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen für den Fall, dass die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzuliegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2019 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	446	312

Außerdem wurden durchschnittlich 35 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung:

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2019	480.540	3.851.171	200.260.892
Zugang 2019	5.685	330.267	17.173.884
Abgang 2019	18.406	159.563	8.297.276
Ende 2019	467.819	4.021.875	209.137.500
			EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			8.876.524
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			8.876.608
Höhe des Geschäftsanteils			52
Höhe der Haftsumme			52

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) eingetreten sind:

In 2020 wurden Fusionsgespräche mit der Sparda-Bank Hannover eG aufgenommen. Mit dieser Fusion sollten die Kräfte beider Häuser vor dem Hintergrund der anhaltenden Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank, der zunehmenden regulatorischen Anforderungen und des veränderten Kundenverhaltens gebündelt werden.

Diese Gespräche wurden einseitig seitens der Sparda-Bank Hannover eG beendet.

Darüber hinaus lassen der Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 und seine unkontrollierte Ausbreitung nachhaltige Belastungen für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Bank erwarten. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Mit Sicherheit lässt sich jedoch bereits jetzt festhalten, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgen im Kontext der Pandemie negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis der Bank haben.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Frank Kohler	Aufsichtsrat	DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn

Mitglieder des Vorstandes:

Frank Kohler	Vorsitzender des Vorstandes
Martin Laubisch	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Rolf Huxoll	Mitglied des Vorstandes

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Torsten Westphal (Vorsitzender seit 12.12.2019)	Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Wolfgang Zell (Vorsitzender bis 12.12.2019)	Pensionär
Lutz Bernhardt (stellv. Vorsitzender)	Personalreferent der DB JobService GmbH
Mirko Albrecht	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Sven Baunack	Betriebsratsvorsitzender der Sparda-Bank Berlin eG
Uwe Henschel	Geschäftsstellenleiter der EVG
Holger Herzog	Betriebsrat der DB Netz AG
Beate Hukauf	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Bianka Matthai	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Guido Menschner	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Ramona Möbius	Referentin fachliche Auftragssteuerung und -auswertung DB Netz AG
Frank Nachtigall	Lokomotivführer DB Cargo AG
Dieter Posner	Coach, Berater DB AG
Roland Rösner	Abteilungsleiter Finanzen und IT der EVG
Dietmar Scheel	Vorstand der DEVK

Berlin, 21. April 2020

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand



Frank Kohler



Martin Laubisch



Rolf Huxoll

Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2019
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2019 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019 106.941 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten zum Jahresende beträgt 690. Der Gewinn vor Steuern beträgt 18.751 TEUR.

Die erstatteten Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 2.221 TEUR und entfallen zum großen Teil auf Steuererstattungen aus Vorjahren. Darüber hinaus enthält diese Position Aufwand für Steuern auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gemäß § 340 k Handelsgesetzbuch haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 der Genossenschaft unter dem Datum vom 07.05.2020 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse:

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Bewertung der Kundenforderungen
- Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

■ Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.475 Mio. EUR. Dies entspricht 37,2 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die

Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

■ Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.310 Mio. EUR. Dies entspricht 34,7 % der Bilanzsumme. Bei der Bewertung der Wertpapiere ergeben sich Ermessensspielräume im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens. Daneben besteht ein Risiko, dass nicht sachgerechte Werte für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Dabei haben wir insbesondere auch die Wertpapierbe-

stände einbezogen, die mit erhöhten Ermessensentscheidungen behaftet sind. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentli-

chen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht
- sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG
- nach § 319 a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen
- Schulungs- und Seminarleistungen

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 7. Mai 2020

Verband der Sparda-Banken e. V.

Gez. Uwe Sterz

Gez. i. V. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
Sparda-Bank Berlin eG
Storkower Str. 101 A
10407 Berlin

www.hallo-sparda.de